

# Resolution

## verabschiedet von der 5. Kammerversammlung



**9. Sitzung der 5. Kammerversammlung  
am 13. Mai 2023, Düsseldorf**

### **„Ökologische Krise gefährdet die psychische Gesundheit“**

Die Klimakrise und ihre Folgen wirken sich auf die psychische Gesundheit aus. Das Risiko für Angststörungen, depressive Störungen und Traumafolgestörungen ist infolge des Erlebens klimabedingter Katastrophen deutlich erhöht. Dabei werden extreme Wetterereignisse immer häufiger und betreffen immer mehr Menschen – in Deutschland, Europa und der gesamten Welt. Viele Menschen, insbesondere die jüngere Generation, sind zu Recht besorgt, ob die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben und auch in Zukunft ein lebenswertes Leben auf der Erde möglich ist.

Mittel- bis langfristig wird die psychische Belastung in der Bevölkerung im Zuge der Gesamtfolgen der Klimakrise im Vergleich zu heute deutlich zunehmen. Zu den besonders gefährdeten Gruppen zählen dabei vulnerable oder diskriminierte Gruppen wie Kinder und Jugendliche, Mütter, ältere Menschen, chronisch Erkrankte, sozial Benachteiligte und Menschen im globalen Süden. Damit wird die Klimakrise soziale Ungleichheiten und Verteilungskonflikte weiter verschärfen.

Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben die berufsethische Verpflichtung, die psychische Gesundheit der Menschen zu fördern und zu erhalten und sich für die Erhaltung und Förderung der ökologischen und soziokulturellen Lebensgrundlagen einzusetzen. Sie unterstützen und appellieren deshalb an Verantwortliche in allen Bereichen, Maßnahmen der Transformation hin zur klimaneutralen Gesellschaft zeitnah und effektiv umzusetzen. Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten stehen dabei mit ihrer Fachexpertise bezüglich der Begleitung individueller wie kollektiver psychologischer Veränderungsprozesse beratend zur Verfügung.

Die Bewältigung und Eingrenzung der Klimakrise ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und bedarf eines umfassenden strukturellen Wandels. Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten setzen sich dafür ein, dass die Folgen der Klimakrise für die psychische Gesundheit berücksichtigt werden, die psychische Widerstandsfähigkeit in der Gesellschaft gestärkt sowie die Auseinandersetzung mit der Klimakrise und der Transformation zu einer klimagerechteren Gesellschaft gefördert wird.